krone.at vom 12.10.2025

Informationsfreiheit: Mehr Schatten als Licht

Die schwarz-grüne Regierung hat ein Gesetz, das mit 1. September in Kraft trat, auf den Weg gebracht, das in der Praxis offenbar mehr Schwierigkeiten bereitet als Nutzen bringt.

So berichten es die Betroffenen.

Das Aus für das Amtsgeheimnis kam immerhin schon nach einhundert Jahren. Nun gilt seit 1. September das Informationsfreiheitsgesetz. Ein Wortungetüm, das kommunikative Ketten sprengen soll.

Derweil bleibt es beim Soll. Denn eine erste Zwischenbilanz ergibt: Kommunalpolitiker und Geschäftsführer von rechnungshofgeprüften Unternehmen befürchten eine Blockade des Organisationsablaufes.

Es besteht oft Unsicherheit bezüglich möglicher rechtlicher Folgen durch Anfragen. Die neue Transparenz habe eine Kehrseite: Massiver Mehraufwand durch neue bürokratische Verpflichtungen, mögliche Strafdrohungen und Haftungsfragen bei verspäteten oder unzureichenden Auskünften; und was genau fällt unter die Ausnahme der Geheimhaltungspflicht?

Die Gefahr der „Lähmung“ „Transparenz ist wichtig und gut“, so der Tenor von vielen der 2000 betroffenen Unternehmen. Nicht umsonst seien die betroffenen Organisationseinheiten auch der Kontrolle des Rechnungshofes unterworfen. Viele befürchten jedoch, dass das neue Gesetz durchaus missbräuchlich verwendet werden könne. Es biete die Optionen, Strukturen zu lähmen, etwa durch gezielte Anfragenkonvolute, die beträchtlichen Arbeitsaufwand verursachen und bei nicht fristgerechter Beantwortung empfindliche Strafen mit sich ziehen. Zahlreiche oft

© APA-Comm GmbH

gemeinnützige Organisationen, bei denen Land oder Gemeinden beteiligt sind, sehen sich laut „Krone"-Infos überfordert. Auch die Gewerkschaft öffentlicher Dienst kritisierte in ihrer Stellungnahme die „vielen unbestimmten, auslegungsbedürftigen Gesetzesbegriffe".

Rechtsanwalt Edwin Scharf (Wirtschaftskanzlei Saxinger) sieht im Problembewusstsein den ersten Schritt zur Lösung: „Es gibt in Österreich mehr als 2000 betroffene Rechtsträger. Wir unterstützen diese Organisationseinheiten mit maßgeschneiderter rechtlicher Lösung für die neue Situation. Der Aufwand der Betroffenen kann ohne aktive Vorbereitung tatsächlich ein beträchtlicher Faktor werden."

Man begrüße Transparenz, dennoch hoffe man, dass man sich auch in Zukunft unserer Arbeit widmen könne und keine „Auskunftei" werde, sagt Mario Gubesch, Chef der Linzer Ordnungsdienst GmbH. Aus der ÖBB wiederum hört man Sorge vor KI unterstützten Anfragen, die eine Endlosschleife produzieren könnten.

Der Aufwand ist nicht absehbar „Wir fürchten tatsächlich eine gewisse Rechtsunsicherheit, wie man in Zukunft, mit welchen Fragen umgehen muss - gerade im Bereich kritischer Infrastruktur", sagt ein Insider der Wien Holding zur „Krone". Der Linzer Stadtrat für Sicherheit und Gesundheit, Michael Raml: „Gerade mein Verantwortungsbereich beinhaltet zahlreiche sensible Informationen. Linz ist gut vorbereitet, welcher Aufwand genau auf uns zukommt, ist nicht absehbar."

Experten merken an, dass das Gesetz die Bürokratie verbessern und nicht lähmen, zudem den Einsatz von Steuermittel effizienter machen und nicht erhöhen solle. Von den Juristen der Kanzlei Saxinger heißt es: „Transparenz ist ein sehr hohes Gut im öffentlichen Recht und darf nicht zum Sand im Getriebe von Unternehmen im Einflussbereich des Steuerzahlers werden."

Informationsfreiheit: Das bedeutet auch jede Menge mehr an Arbeit für Behörden und rund 2000 Unternehmen österreichweit. (Bild: Wassermann Kerstin)

Quelle	krone.at
Typ	News Site
Land	AT
Autor:in	Erich Vogl
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.krone.at/3924683

© APA-Comm GmbH